



Für Égalité – Gleichheit – protestieren diese französischen Grundschullehrkräfte. Ihr Ziel ist die finanzielle Gleichbehandlung mit Beschäftigten anderer Bildungseinrichtungen.

Foto: dpa

Debatte um gleiche Bildungschancen in Frankreich

Unangenehme Wahrheiten

Entspannung, Kultur, Genuss suchen viele von uns in Frankreich. Und wie viel erträglicher ist das Korrigieren der mitgebrachten Klassenarbeit auf einem Balkon mit Blick aufs Mittelmeer. Aber der Blick fällt auch in die französischen Zeitungen und führt mitten in eine Debatte über die „Égalité“ im französischen Bildungssystem.

„Nach PISA“ und der dabei schlechten Platzierung Frankreichs wurde der „Haut Conseil de l'évaluation de l'école“ eingesetzt, Schulinspektoren erstellen Berichte, die unangenehme Wahrheiten ans Licht bringen: Jedes Jahr verlassen 20 Prozent einer Generation das Schulsystem ohne anerkanntes Diplom oder entsprechende Qualifikation, haben damit geringe Berufsaussichten. Nur 25 Prozent einer Schülergeneration verlassen die Schule mit einem dem Abitur vergleichbaren Abschluss gegenüber dem OECD-Mittel von 32 Prozent. Die Zahl höherer Abschlüsse zu steigern, wird nicht nur aus Gründen der Chancengleichheit angestrebt, sondern um auf den gestiegenen wirtschaftlichen Bedarf an hochqualifizierten Schülern und Schülerinnen zu reagieren. Mit einem gewissen Erschrecken wird festgestellt, dass China jährlich eine Million Ingenieure ausbildet, proportional doppelt so viele wie die „Grande Nation“.

Französische Soziologen beobachten in den letzten Jahren eine Fragmentierung der Gesellschaft, bei der sich Schichten und Milieus auseinander entwickeln, eine Entmischung der Bevölkerung vor allem in Wohngebieten mit Problemlagen in den „banlieues“, den städtischen Randgebieten, die nicht nur sozial und wirtschaftlich hochsensibel sind, sondern auch unter dem Aspekt der „Sicherheit“.

Trotz einer Schulstruktur, die ein gemeinsames Lernen bis zum mittleren Abschluss vorsieht, ist der Schulerfolg milieubedingt, wobei die Migranten besonders benachteiligt sind.

Das sich anschließende Lycée, mit der Oberstufe des Gymnasiums vergleichbar, ist – wie zu erwarten – nicht der Ort des sozialen Ausgleichs, das Abitur wird in verschiedenen Varianten vergeben, die sich vom „Wert“ her unterscheiden – „le baccalauréat des riches, le baccalauréat des pauvres“, wie die Zeitung La Libération kommentiert. Der Zugang zur Universität erfordert eine zusätzliche Prüfung.

Ein aus verständlichen Gründen vertraulicher Bericht der Schulinspektoren, welcher der genannten Zeitung zugespielt wurde, kennzeichnet Paris als Spitzenreiter in Sachen Ungleichheit. Besonders hier werden offenbar Mittel und Wege gesucht, den eigenen Kindern den höheren Status zu sichern. Dies beginnt aus der Sicht der Inspektoren damit, dass in der Hauptstadt deutlich weniger Kinder zur Vorschule gehen als im übrigen Land – obwohl genügend Plätze auch für die unter 3-Jährigen zur Verfügung stünden. Die Kommission statete einigen Vorschuleinrichtungen „Überraschungsbesuche“ am Samstagmorgen ab und monierte „sogar“ in Einzelfällen verschlossene Türen. Die Einrichtungen bemühen sich offenbar zu wenig, Kinder aller Familien aufzunehmen.

In der – verpflichtenden – Vorschulklasse wird mangelnde individuelle Hilfe für Schülerinnen in Schwierigkeiten festgestellt, im sich anschließenden Collège zu viel frontaler Unterricht, von dem viele Schülerinnen und Schüler nicht profitieren könnten.

Durch Rückstellung befinden sich viele Kinder nicht im altersgemäßen Jahrgang. 30 Prozent der Pariser Kinder besuchen Privatschulen, hinzu kommen diejenigen, die in einem anderen als dem für sie vorgesehenen Schulbe-

zirk unterrichtet werden. Zwar nimmt Paris auch 1400 SchülerInnen aus der banlieue auf, diese kommen jedoch offenbar vor allem, um die Zuweisung zu ihrem eigentlichen Schulbezirk zu umgehen (ihre Abschlussquote ist um 9% höher als die der in Paris ansässigen Schüler). Um attraktiv zu sein, erhöhen viele Schulen die Bandbreite ihrer Unterrichtsangebote, jedoch finden sich solche Schulen gerade nicht in den „Problemgebieten“, wie die Kommission feststellt. Da in Frankreich das Schulranking fest etabliert ist und veröffentlicht wird, wetteifern die Lycées. Unter den 25 mit dem höchsten Ansehen befindet sich auf Platz eins eine staatliche Schule, es folgen 22 Privatschulen, danach zwei staatliche. Interessant, dass die Kommission die Zahl der älteren Lehrkräfte als Vorteil ansieht, denn diese seien erfahrener und „diplomierter“. Französische Lehrkräfte, die einen höheren Titel anstreben, müssen sich in nationalen Wettbewerben einer Konkurrenz stellen.

Der Präsident des „Haut Conseil d'évaluation de l'école“ empfiehlt als erstes, den Zusammenhang zwischen der sozialen Lage des Schülers und dem Schulerfolg zur Kenntnis zu nehmen und sich in einer frühen Phase einzuschalten. Zusätzliche finanzielle Anstrengungen seien notwendig. Vorgeschlagen wird als Zielhorizont für die nächsten 10 Jahre, dass die Hälfte einer Generation einen höheren Abschluss erreicht und im gleichen Zeitraum die Zahl derer halbiert wird, welche die Schule ohne qualifizierten Abschluss verlassen. Jedes Jahr die Quote dementsprechend um ein Prozent in die gewünschte Richtung zu verändern, sei realistisch.

„On verra“, man wird sehen. Für uns lässt sich der Schluss ziehen, dass zur Schulstrukturdiskussion die Debatte um die innere Schulentwicklung gehört. Gemeinsames Lernen ist eine gute Voraussetzung für Lernerfolg, wie sich in vielen Ländern zeigt. Dass „kein Kind zurückgelassen wird“, muss aber Konsens und politische Vorgabe sein. Ausreichende Bildungsfinanzierung und Unterstützung der Lehrkräfte bei der Weiterentwicklung ihrer „guten“ Schule sind erforderlich.

SYBILLA HOFFMANN

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift des GEW-Landesverbandes Rheinland-Pfalz.